

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Die „Taunus-Zeitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis einschließlich der Wochen-Beilage „Taunus-Blätter“ (Dienstage) und des „Illustrierten Sonntags-Blattes“ (Freitage) in der Geschäftsstelle oder ins Haus gebracht vierteljährlich M. 1.75, monatlich 60 Pfennig, beim Abnehmer und am Zeitungsständer der Postämter vierteljährlich M. 1.50, monatlich 50 Pfennig (Bestellgeld nicht mit eingerechnet). — Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitzeile 10 Pfennig für drucke Anzeigen, 15 Pfennig für auswärtige Anzeigen; die 85 mm breite Werbefläche im Textteil 35 Pfennig; tabellarischer Satz

Freitag
10
November

wird doppelt berechnet. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschlag. Jede Nachschlagsanfrage wird hinsichtlich der gezielten Verbreitung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend M. 5. — Anzeigen-Kannakmer größere Anzeigen bis 9 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis halb 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 264 - 1916

Verantwortliche Schriftleitung Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

41. Jahrgang

Die Kanzlerrede.

Die Vorgeschichte des Krieges. — Die Frage internationaler Friedensgarantien für die Zukunft.

Berlin, 9. Nov. Was der Reichskanzler vor der Verlesung des Reichstages im Plenum gesprochen haben würde, das hat er heute in der verstärkten Budgetkommission, oder wie man sie jetzt nennt, im großen Ausschuss gesprochen und hat damit, wie Teilnehmer der Sitzung schildern, einen Eindruck erzielt, wie noch niemals mit einer Rede während des Krieges gehaltenen Reden. Und in der Tat, diese Rede muß Eindruck machen, auch dort im neutralen und feindlichen Ausland, wo nur einigermaßen zutreffende Berichte von ihr hingenommen. Gewiß ein Teil des Hauptthemas, der Nachweis, daß nicht Deutschland die Schuld an diesem Weltkriege trägt, ist schon oft erörtert worden, und der Reichskanzler hat heute gewissermaßen um Entschuldigung gebeten, daß er nichts Neues vorbringen könne und uns frühere Reden und Publikationen noch einmal wiederholen müsse. Aber er hat doch manches Neue vorgebracht.

Unseres Wissens war es nicht bekannt, daß bei Ausbruch des Krieges eine schon im Jahre 1912, also während des Balkankrieges, erlassene allgemeine Anweisung der russischen Regierung für den Mobilisationsfall noch in Kraft war, wonach die Verhängung der Mobilisation zugleich die Verhängung des Krieges gegen Deutschland sein soll, eine Tatsache, die nicht nur den Ursprung dieses Krieges, sondern auch die weit zurückreichenden Kriegsabsichten Russlands so grell beleuchtet, daß es begreiflich ist, wenn der Reichskanzler ausrief: „Meine Herren, gegen Deutschland! 1912 gegen Deutschland!“ Vor allem aber dieser heute vom Reichskanzler zwingend und in klaren Beweisführung erbrachte Nachweis, daß nicht Deutschland die Schuld am Kriege trägt, sondern Russland, das seine Gesamtmobilisation in einem Augenblick vollzog, wo Vermittlung noch am Werke und nicht aussichtslos war, und dann England, das ganz klar und nicht mißverständlich durch Zusagen von Waffenhilfe Frankreich und Russland zum Kriege gegen Deutschland ermächtigt hat, ist so klar und verständlich und verhältnismäßig auch so knapp noch nicht vorgebracht worden.

Die Zahl der Deutschen, die des Beweises, daß wir nicht die Schuld am Kriege tragen, bedarf, wird sehr gering sein; aber dem Ausland kann der zwingende Beweis nicht so leicht eingepreßt werden. Der Kanzler hat die Notwendigkeit erkannt, auf Gress letzte Rede zu antworten, in der es heißt, daß der Ursprung des Krieges von Einfluss auf die Friedensbedingungen sein werde. Und darum hat er seine Beweisführung als Antwort auf Gress Rede geformt, nicht um zu polemisieren, sondern um so gründlich wie möglich den Irrtum zu beseitigen und genährten Glauben zurückzubringen, als sei Deutschland der Angreifer gewesen, und wegen der Wirkung, die ein solcher Beweis über die Schuld am Kriege für die Beendigung des Krieges und über den Krieg hinaus hat. Von Bedeutung ist auch, daß der Kanzler nicht nur das geschichtliche Erfundene Märchen, als habe England nur um Schutz der Neutralität Belgiens die Waffen ergriffen, widerlegt hat, sondern daß er auch mit besonderer Betonung erklärt hat, er habe nicht von einer Annexion Belgiens gesprochen. Er meint damit verschiedene Reden, in denen er die notwendigen Garantien dagegen, daß Belgien zu einem englisch-französischen Ausfallort gegen uns werde, angebracht hat, als möglich auch ohne Annexion.

Besonders bedeutsam ist auch, was der Kanzler dann über die internationale Organisation von Schiedsgerichten und von der Gründung eines internationalen Friedensbundes zur Erreichung des Friedens gesagt hat, den Ideen, die in Gress letzter Rede enthalten waren, und die sich mit solchen des Präsidenten Wilson zu bezeugen scheinen. Die Zweifel, die der Reichskanzler früher an der Sicherung des Friedens durch internationale Abmachungen gehabt hat, sind, wenn nicht ganz, so doch zum guten Teil, beseitigt, und vor allen Dingen hat er in Worten, die ihre Wirkung nicht verfehlen können, anerkannt, daß wenn nach Beendigung des Krieges eine einheitlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlicher Verständigung und Abmachungen gehen wird, die so weit es irgend in Menschlichkeit liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Ka-

lastrophe verhüten. So mächtig wird der Schrei sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß und Deutschland wird ehlich mitprüfen und an seiner Verwirklichung mitarbeiten, mitarbeiten natürlich nur im Sinne der freien Entwicklung aller Nationen, kleiner und großer, und der freien Entwicklung nicht nur auf dem Festlande, auch auf dem Meere. Eine Friedensorganisation, um besondere Wünsche Einzelner, namentlich etwa Englands zu fördern, die würde und könnte natürlich Deutschland niemals mitmachen oder zulassen, sondern eine Organisation, durch die Freiheit und Gleichberechtigung aller garantiert wird, nicht etwa eine neue englische Weltordnung, einschließlich der Annexionsabsichten, die England und seine Entente Freunde schon 1915 bezgl. der Türkei verabredet haben. Gut geprägt war auch das Wort: Nicht im Schatten des preußischen Militarismus hat die Welt vor dem Kriege gelebt, sondern im Schatten der Einkreisungspolitik, die Deutschland niederhalten wollte.

Die Debatte im Hauptausschuss.

Berlin, 9. Nov. (W. B.) Nach der Rede des Reichskanzlers machte der Hauptausschuss eine halbstündige Pause. Nach Wiedereröffnung der Sitzung sprach zunächst ein Vertreter des Zentrums.

Neu in der Rede des Reichskanzlers sei namentlich, daß der russische Befehl von 1912 die Mobilisation als identisch mit einem Krieg gegen Deutschland bezeichne. Dadurch gewinne die russische Mobilisation einen ganz neuen Charakter. Er begrüße die Erklärung, daß Deutschland sich an einem Staatenbund zur Erhaltung des Friedens beteilige, ja sich an dessen Spitze zu stellen bereit sei. Im Haag sei das Negative etwas zu stark in den Vordergrund gestellt worden, gegenüber dem Positiven, daß man jeden ehrlichen Versuch zur besseren Sicherung des Friedens unterstützen solle. Die Erfahrungen des Krieges würden das Verlangen nach einem besseren Schutz unserer Grenzen rechtfertigen. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die polnische Frage zu betrachten. Der Sinn der Proklamation sei, daß Polen Gelegenheit gegeben werde, sich an den Westen anzuschließen, anstatt nach Osten, bei freier selbstständiger Entwicklung. Die Proklamation könne als ein hochherziger Entschluß begrüßt werden. Selbstverständlich sei sie in erster Linie bestimmt, unseren Interessen zu dienen, und es sei sogar die Pflicht eines leitenden Staatsmannes, diesen Gesichtspunkt in klarer kalter Erwägung in den Vordergrund treten zu lassen. Dieselben grundsätzlichen Erwägungen müßten in Belgien maßgebend sein. Wenn der Reichskanzler wiederhole, daß er niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe, so scheine er noch auf diesem Standpunkt zu stehen. Allerdings müsse aber dafür gesorgt werden, daß Belgien niemals wieder als Einfallstor gegen Deutschland dienen könne. Er beziehe sich auf eine frühere Erklärung des Abgeordneten Spahn, daß Belgien, politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse.

Von einem nationalliberalen Redner wurde ausgeführt, daß die Darlegungen des Reichskanzlers dankenswerte Klarheit über die letzten Vorgänge vor dem Kriege gebracht haben. Es sei zu wünschen, daß diese Darlegungen weite Verbreitung im neutralen Ausland fänden. Wenn wir nun trotzdem gegen unseren Willen in den Krieg verwickelt worden seien, sei die Schlussfolgerung richtig, daß wir uns durch bessere Grenzen schützen müssen. Er wolle nicht auf die polnische und belgische Frage eingehen. Es sei jedenfalls zweifelhaft, ob es richtig wäre, jetzt definitive Bezichte auszusprechen.

Der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte, daß ungezählte Menschen nicht nur bei uns dem Reichskanzler für die Zusammenstellung, die er gegeben habe, dankbar sein würden. Die historischen Vorgänge seien außerordentlich glücklich und wirkungsvoll zusammengestellt. Das Gedächtnis, auch mancher Staatsmann, für die tatsächlichen Vorgänge, sei merkwürdig schwach. Der Redner wandte sich sodann scharf gegen den „Berliner Lokal-Anzeiger“ der mit seiner unüberlegten Handlungsweise fast in die Geschichte der Menschheit eingegriffen habe. Seine Freunde seien damit einverstanden, daß internationale Friedensbindungen stattfinden. Ob Lord Gress im Ernst die Hand zum Frieden ausgestreckt hat, wolle er nicht untersuchen. Wir sollten aber zeigen, daß uns ernst sei, zu seinen Gedanken Stellung zu nehmen. Ob es möglich sei, eine dauernde Friedenswahrung

zu schaffen, sei gewiß fraglich. Seine Freunde seien immer dafür gewesen, einen Versuch zu machen. Es werde keine ganz verlorene Mühe sein.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, der Reichskanzler habe die Schuldfrage aufgerollt und ausgeführt, wie er sich die Herbeiführung des Friedens denke. Diese letztere Frage sei die wichtigere. In allen Ländern wachse der Gedanke, es müsse ein Ende des Krieges werden. Mit Recht habe der Kanzler gesagt, der Schrei, daß in Zukunft die Kriege durch internationale Verträge verhindert würden, sei so groß, daß er schließlich einen Erfolg haben müsse. Wir hätten früher die Schiedsgerichte zu sehr engherzig behandelt gegenüber der Bedeutung, die ihr in Frankreich und England beigelegt worden seien. Der Kanzler habe die Befürchtung ausgesprochen, daß England eine Friedenskoalition nur wieder allein auf englische Bedürfnisse zuschneiden würde. Trotzdem sei das Prinzip als richtig anzuerkennen. Wichtig sei, daß der Kanzler niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe. Es dürften aber Belgien niemals unehrenhafte Bedingungen auferlegt werden, die eine Verständigung hindern würden. Das Reichsinteresse verlange nicht, daß wir Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten. Es sei ein gutes Programm, daß wir uns an die Spitze einer Koalition stellen wollen, die den Krieg verhindern solle. Das Deutsche Reich führe einen Verteidigungs-, keinen Eroberungskrieg.

Der Vertreter der konservativen Partei erklärte, was der Kanzler über die Kriegsurachen gesagt habe, sei überzeugend und wert, im In- und Ausland verbreitet zu werden. Unsere Feinde, die sich auch durch unwiderlegliche Tatsachen nicht überzeugen lassen wollten, würden es auch nach diesen Ausführungen nicht tun. Für den Frieden sei jedenfalls wohl nicht die Auffassung über die Ursachen des Krieges entscheidend, sondern die Nachstellung, die wir uns errungen hätten. Was den internationalen Bund zur Erhaltung des Friedens betreffe, so könne er dem Vorredner nicht beistimmen, daß wir im Haag uns zu wenig zustimmend zu diesen Ideen verhalten hätten. Es sei notwendig gewesen, die Vorbehalte offen auszusprechen. Wenn man meint, das habe die Feindseligkeiten gegen uns erhöht, so könne er dem nicht zustimmen. Die Feindseligkeiten haben die anderen bekannten Gründe gehabt, bei England lag sie in dem Entschluß, uns nicht hochkommen zu lassen. Wie die Dinge heute lägen, könne er dem Gedanken beipflichten, daß auch wir nach dem Kriege ehrlich versuchen müßten, an den internationalen Friedensabmachungen mitzuwirken. Die Schiedsgerichtsidee ist dem Redner sympathisch. Wenn sich aber Deutschland 1914 auf Schiedsgerichtsverhandlungen eingelassen hätte, hätte es den Gegnern, die erst 1916 loschlagen wollten, Zeit gelassen, die Rüstungen zu vollenden.

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion führte aus, daß die Diskussion der Schuldfrage umso günstiger für Deutschland ausfalle, je gründlicher man sich in sie vertiefe.

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft führte aus, am wichtigsten seien die Ausführungen über den Frieden, und er möchte den Satz unterstreichen, daß Deutschland an jeder Koalition teilnehmen würde, die den Frieden sichere. Der Redner geht sodann des Näheren auf die Ereignisse kurz vor Ausbruch des Krieges ein.

Der Vertreter der Reichspartei erklärte, daß auch die Rechte und die Wirtschaftsverbände nie den Standpunkt der Annexion vertreten hätten. Durch unsere Politik in Belgien, besonders gegenüber den Flamen, hätten die Deutschen bewiesen, daß sie Verständnis für die Bedürfnisse des Landes hätten. Das werde in Zukunft seine Früchte tragen. Die Deutschen wollten die Sicherheit, daß sie nicht in wenigen Jahren neue Opfer bringen müssen.

Ein polnisches Mitglied der Kommission sprach sich gegen jede Annexion aus.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte nachmittags seine Beratungen fort und erörterte auch eingehend die polnische Frage.

Der Selbentod des Prinzen Heinrich von Bayern.

Berlin, 9. Nov. (W. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Vom östlichen Kriegsschauplatz kommt die traurige Kunde, daß Prinz Heinrich von Bayern, ein Neffe des Königs von Bayern und Sohn des verstorbenen Generalobersten Prinzen Arnulf von Bayern den Selbentod erlitten hat. An dem her-

ben Leid des bayerischen Königshauses nimmt das ganze deutsche Volk innigsten Anteil. Der Gefallene war ein Muster jener hohen und unerschrockenen Pflückerfüllung, von der gerade die Angehörigen unserer regierenden deutschen Fürstengeschlechter während des Krieges so reichlich Zeugnis abgelegt haben. Die glänzenden militärischen Eigenschaften, die ihm innewohnten, und den ritterlichen Sinn, der er von seinem Vater erbt, hat er während dieses Krieges in blutigen Schlachten vielfach bewiesen. Zweimal verwundet, zum letzten Mal bei den schweren Stürmen auf Thiaumont und Fleury, ist er immer wieder ohne Besinnen frisch und wagemutig zur Truppe zurückgekehrt und hat schließlich Treue bis zum Tode bewiesen. Ein kurzes, aber glänzendes Heldentum ist in diesem Tode besiegelt.

Der österreichisch-ungar. Tagesbericht.

Wien, 9. Nov. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:
Östlicher Kriegsschauplatz.
Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Südlich und südöstlich des Szurdut-Passes blieben rumänische Angriffe abermals erfolglos. Bei Spini machten wir weitere Fortschritte. 150 Gefangene und zwei Geschütze wurden eingebracht. Westlich von Târgu und bei Belbor wurden die hier vorgedrungenen Russen durch deutsche Truppen wieder geworfen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Außer lebhafter Feuerbetätigung an der Front beiderseits der Bahn Zloczow-Tarnopol keine Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa stellenweise mäßiges Artilleriefeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Wilson als Präsident der Vereinigten Staaten doch wiedergewählt.

London, 10. Nov. (W. B.) Nichtamtlich.
Das Reuter'sche Bureau meldet aus New-York:

Wilson gewählt.

Das Ergebnis der französischen Anleihe.

Genf, 9. Nov. (W. B.) Der französische Finanzminister Ribot hat in der Kammer mitgeteilt, daß die Anleihe 11 360 Millionen Francs ergeben hat.

Lokalnachrichten.

* **Königstein, 10. Nov.** Das Eisenerz 2. Al. wurde dem Bohemann Nicolaus Moullet, 3. Jt. im Westen, für bewiesene außerordentliche Tapferkeit vor dem Feinde verliehen. Seinem jüngeren Bruder Franz wurde diese Auszeichnung bereits zuteil und sind somit beide Söhne des Herrn Bürodieners Moullet im Besitze des Eisernen Kreuzes 2. Al.

* **Der Deutsche Buchdruckerverein und die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker** haben in einer gestern in Leipzig gemeinsam abgehaltenen Sitzung beschlossen, den im April d. J. vorgenommenen Teuerungszuschlag von 20, bzw. 15 Prozent um weitere 10 Prozent zu erhöhen, sodaß von jetzt ab auf die Sätze des deutschen Buchdruckertarifs ein Aufschlag von 30 Prozent bei neuen Aufträgen und 25 Prozent bei laufenden Arbeiten hinzugeschlagen wird.

* **Hauschlachtungsurlaub.** Das Stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps gibt bekannt: Angesichts der Wichtigkeit der Hauschlachtungen sind die Ersatztruppenteile und Lazarette des Korpsbereichs ermächtigt worden, auf Anfordern der unteren Verwaltungsbehörden Unteroffiziere und Mannschaften zur Vornahme von Hauschlachtungen in ihre Heimatgemeinden bis zur Dauer von vier Wochen zu beurlauben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um Schlachtungen im engeren Haushalt (Selbstversorger) oder um solche Schlachtungen handelt, die in fremdem Auftrage für Selbstversorgungszwecke vorgenommen werden. In erster Linie sollen „nicht kriegsverwendungsfähige“ Hauschlachtungen beurlaubt werden. Kriegsverwendungsfähige Mannschaften können nur in dringenden Fällen und insbesondere dann beurlaubt werden, wenn für die betreffenden Gemeinden „nicht kriegsverwendungsfähige“ nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Gesuche um längeren als vierwöchigen Urlaub unterliegen der Entscheidung des stellvertretenden Generalkommandos. Alle Gesuche sind durch Vermittelung der Ortspolizeibehörden bei dem zuständigen Landratsamt einzureichen.

* **Prozess Griesheim-Frankfurt.** Der Bezirksausschuß in Wiesbaden entschied am Mittwoch in der Lage der Gemeinde Griesheim wider die Stadt Frankfurt wegen Zuschußforderung gemäß § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes. In den bisherigen Prozeßgängen werden Griesheim Entschädigungen von 8245 resp. 14 809 M. zugesprochen. Die Mehrausgabe an Schul-, Polizei- und Armenlasten, die der Gemeinde dadurch entstehen, daß in Frankfurt befristete Arbeiter in Griesheim wohnen, wurde zu 20 777 M. die Vorteile, die Griesheim in der Form von Steuereinnahmen dadurch zustoßen, auf 13 018 M. geschätzt. Einig sind beide Gegner darin, daß die Summe, um die Griesheim zu Gun-

sten Frankfurts benachteiligt ist, mit 13 147 M. anzunehmen sei. Im übrigen stellt Frankfurt eine Gegenrechnung von etwa 5000 M. auf. Das Oberverwaltungsgericht hat diesen Standpunkt aber nicht zu dem seinigen gemacht. Der Bezirksausschuß fehlt jetzt den von Frankfurt zu entrichtenden Zuschuß auf 13 147 M. 22 S. fest, indem er das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts auch für sich als bindend ansah. Von den Prozeßkosten entfallen vier Fünftel auf Frankfurt, ein Fünftel auf Griesheim.

* **Die das Durchhalten erschweren.** Im Monat Oktober 1916 sind im Landespoliciebezirk Berlin wegen Vergehen und Übertretungen der kriegswirtschaftlichen Verordnungen auf dem Gebiete des Lebensmittelverkehrs bestraft worden: 25 Schlächter, 126 Obst- und Gemüsehändler, 48 Kolonialwarenhändler, 57 Milchhändler, 19 Bäcker, 14 Verkäuferinnen, 7 Schankwirte, 1 Fischhändler, 1 Konfitürenhändler, 28 Private, 47 Butterhändler, 9 Seifenhändler, 1 Geflügelhändler, 10 Eierhändler 13 Kaufleute, 3 Mehlhändler und 2 Fouragehändler.

* **Für Schweinemäster.** Nach Mitteilung der Landwirtschaftskammer werden noch weitere Anmeldungen zur Mastwirtschaftsentgegensommen, und zwar kommen sowohl Schweinelieferungen für die Heeresverwaltung als auch für die Bedarfsgebiete der Provinz in Betracht. Einwohner, welche Schweine für die genannte Organisation zu mästen geneigt sind, werden ersucht, sich sofort in eine auf der Polizeiwache ausliegende Liste eintragen zu lassen. — Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß für jedes für die Organisation gemästete Schwein 5 Zentner Mastfutter und für das für Hauschlachtung bestimmte Schwein 2 Zentner Mastfutter geliefert werden, also für die beiden Schweine zusammen 7 Zentner.

* **Höchstpreise für Zwiebeln.** (W. B.) Da die Preise für Zwiebeln in der letzten Zeit ungeheuer in die Höhe gegangen sind, hat der Präsident des Kriegsernährungsamts sich veranlaßt gesehen, die Festsetzung eines Zwiebelhöchstpreises zu beantragen. Durch eine Verordnung des Stellvertreters des Reichszensors sind Zwiebelhöchstpreise festgesetzt worden, die bis zum 14. November 1916 für je 50 Kilogramm beim Erzeuger 7,50 Mark betragen und dann von Monat zu Monat um 75 Pfennig steigen, bis sie am 15. April 1917 12 Mark erreichen. Der Preis gilt ausschließlich Sach frei nächster Verladestation des Verkäufers und schließt die Kosten der Verladung daselbst ein. Falls der Erzeuger unmittelbar an den Kleinhändler verkauft, darf er einen um 2 Mark höheren Preis nehmen. Für den Weiterverkauf von Zwiebeln im Handel ist ein Zuschlag von insgesamt 3,50 Mark für je 50 Kilogramm als höchster zulässiger Zuschlag vorgesehen. Die Kleinverkaufspreise sind auf höchstens 14 Pf. für ein Pfund für die Zeit bis zum 14. November 1916 vorgesehen und steigen dann monatlich um je 1 Pfennig, bis sie am 15. April 1917 20 Pfennig erreichen dürfen. Für besondere Zwiebelarten können Ausnahmen zugelassen werden. Die Höchstpreisfestsetzung ist begleitet von einer Bestimmung, die eine Enteignung der Zwiebeln zuläßt und eine Auskunftsfrist vorschreibt. Wenn durch diese Festsetzung Händler, die zu höheren Preisen Zwiebeln erworben haben, geschädigt werden, so haben sie sich das nach der früher ergangenen Warnung selbst zuzuschreiben. Daß sich die Höchstpreisfestsetzung nicht auch auf künstlich gedörrte Zwiebeln bezieht, soll nur zur Vermeidung etwaiger Zweifel hervorgehoben werden.

* **Verlängerung der Verjährungsfristen.** Der Bundesrat hat durch eine im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Verordnung die Verjährungsfristen für die in §§ 196, 197 bezeichneten Ansprüche, die im Jahre 1914 noch nicht verjährt waren, bis zum Schlusse des Jahres 1917 verlängert. Demnach verjähren insbesondere die im Jahre 1912 oder später entstandenen Forderungen für Lieferung von Waren, ebenso die der Gastwirte für Wohnung und Verpflegung, die Forderungen der gewerblichen Arbeiter, der Tagelöhner und Handarbeiter auf Lohn, die Forderungen der Ärzte und Rechtsanwältinnen und die Forderungen der Zeugen und Sachverständigen. Die Ansprüche auf Rückstände von Zinsen, die Mietzinsansprüche, die Ansprüche auf Rückstände von Renten, Auszahlungsleistungen, Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehältern, Unterhaltsbeiträgen und alle anderen regelmäßig wiederkehrenden Leistungen, die im Jahre 1910 oder später entstanden sind, verjähren nach der Bundesratsverordnung gleichfalls nicht vor Schluß des Jahres 1917.

* (W. B. Amtlich.) Am 1. Dezember 1916 findet im Deutschen Reich eine kleine Viehzählung statt, die sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen und Ferkel erstreckt. Der erste Dezember ist schon längere Jahre hintereinander als Stichtag für Viehbestandsaufnahmen benutzt worden. Die durch den Krieg bedingten Veränderungen der Wirtschaftslage, insbesondere die Schwierigkeiten der Volksernährung, lassen eine öftere Vornahme von Viehzählungen dringend erforderlich erscheinen.

* **In Wahrung berechtigter Interessen.** Ein bemerkenswertes Urteil fällt das Kölner Schöffengericht gegen einen wegen Beleidigung des Fischverandgeschäftes Lebens aus Ottenen angeklagten Redakteur der Kölner „Rheinischen Zeitung“. Zu einem Inzerat der Firma, worin sie 15 Kistenvollhering für 7,25 Mark gegen Nachnahme anbot, hatte der Redakteur bemerkt: „Was gedenkt die Behörde gegen eine solche Ausbeutung des Volkes zu tun? Eine Garantie für die Nischenhaftigkeit der Heringe hat der Besteller nicht, wenn er die Ware bezahlt, ehe er sie empfängt.“ Damals kosteten die Heringe 18 bis 25 Pfennig das Stück, während Lebens 48 Pfennige verlangte. Das Schöffengericht erklärte in der Urteilsverkündung, es müßte der Presse und jedem Redakteur zur Wahrung der Konsumenteninteressen zugestanden werden, Übertretungen beim Verkauf von Lebensmitteln zu kritisieren. Etwas anderes habe der Angeklagte nicht getan. Obgleich objektiv eine Beleidigung vorliege, stehe dem Angeklagten der Schutz des § 196 zu, sodaß auf Freispruch zu erkennen sei.

* **Rassenärztliche Bescheinigungen über die Vollmilchkeimfähigkeit von Kranken** sind nach den Anordnungen der Reichsstelle für Speisefette vom 4. Oktober 1916 zu der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 von den Kommunalverbänden, vorbehaltlich der Nachprüfung durch die von ihnen zu bezeichnenden Stellen, der Entscheidung über die Milchzuweisung zugrunde zu legen. Diese Anordnung ist deshalb getroffen worden, weil nach den bestehenden Bestimmungen Rassenärzte nicht verpflichtet werden könnten, die von den Kommunalverbänden vorgeschriebenen Bescheinigungen ohne Berechnung besonderer Kosten für die Antragsteller zu bewilligen und weil es gegen das allgemeine Interesse verstoßen würde, bedürftige Kranke zu zwingen, erst erhebliche Geldopfer zu bringen, bevor sie in den Genuß der für sie notwendigen Milch kommen können. Es ist aber zu hoffen, daß im Interesse einer glatten Abwicklung des Geschäftsverkehrs bei den außerordentlich überlasteten medizinischen großen Städte die Rassenärzte sich freiwillig der vorgeschriebenen Formulare bedienen werden, und daß sie für die Benutzung solcher Formulare den Rassenangehörigen keine besonderen Gebühren in Rechnung stellen.

* Am 10. 11. 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flach- und Hanfstroh, Bastfasern (Jute, Flach, Ramie, europäischer und außereuropäischer Hanf) und von Erzeugnissen aus Bastfasern erschienen, die anstelle der beiden bisherigen Bekanntmachungen W. III. 3500/7. 16. R. R. A. betreffend Beschlagnahme von Bastfasern und Erzeugnissen aus Bastfasern und W. III. 300/6. 16. R. R. A. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Flach- und Hanfstroh getreten ist. Die neue Bekanntmachung ist hauptsächlich eine einheitliche Zusammenfassung der bisher in den beiden vorgenannten Bekanntmachungen aufgestellten Bestimmungen, soweit sie noch von Bedeutung sind. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die noch einige weitere Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen enthält, ist im Kreisblatt einzusehen.

* Am 10. 11. 1916 ist ein Nachtrag zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 1. 2. 1916 erschienen, der im wesentlichen den Kreis der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände auch auf diejenigen Waren ausdehnt, die unter Mitverwendung von Papier hergestellt sind. Der Wortlaut des kurzen Nachtrages ist im Kreisblatt einzusehen.

* Am 10. 11. 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend Herstellungsverbot von Garnen und Geweben aus Mischungen von Papier und Wolle oder Kunstwolle in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung wird die Verwendung von Wolle oder Kunstwolle oder Mischungen von Spinnstoffen, in denen Wolle oder Kunstwolle enthalten ist, zur Herstellung von Garnen oder Geweben unter Mitverwendung von Papier verboten. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist im Kreisblatt einzusehen.

* **Erweiterung des Postverkehrs.** Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist zugelassen worden, im inneren deutschen Verkehr die durch Postauftrag oder Postnachnahme eingezogenen Beträge mit Postanweisung auch auf das Konto des Absenders oder einer dritten Person bei einer Bank, Sparkasse oder sonstigen Geldanstalt zu überweisen.

* **Unter falscher Flagge.** Auf dem Güterbahnhof Frankfurt-West beschlagnahmte die Polizei gestern einen aus Mittelgründau für einen Bodenheimer Pferdehändler (R) angekommenen Wagen Heu, der in seinen Tiefen größere Mengen Kartoffeln barg. Diese waren von dem Mittelgründauer Heulieferanten unter die Ladung geschmuggelt worden. „Unberufene“ Augen hatten jedoch das Kunststück beobachtet und der Frankfurter Polizei telephonisch davon Mitteilung gemacht. Gegen Absender und Empfänger der Kartoffeln wurde Strafantrag gestellt.

* Die 2. Nummer der Sonderliste „Unermittelte Heeresangehörige, Nachlaß- und Fundfachen“, ist am 1. November ds. Js. als Beilage zur Deutschen Verlustliste erschienen. Der Liste liegt eine Bildertafel bei. Es werden auch die Namen solcher Gefallenen veröffentlicht, deren Person zwar feststeht, deren Angehörigen aber nicht ermittelt werden konnten. Mitteilungen über aufgefundenen Gepäcksstücke vervollständigen die Ausgabe. — Die Liste einschließlich Bildertafel kostet 20 S. und ist im Einzelverkauf direkt durch die Norddeutsche Buchdruckerei, Berlin, Wilhelmstraße 32, zu beziehen.

* **Gegen die allgemeine Unmoral ruft Hauptmann Dr. Heinz Potthoff die ganze Bevölkerung auf** — nicht durch Strafanzeigen, sondern durch Selbstsucht, Nachdenken und Korpsgeist. Ganz zutreffend sagt er, daß die Verbraucher eine ungeheure Macht sind, wenn sie nichts zu überkauften Preisen kaufen — sie werden dieselbe Ware dann sehr schnell billiger haben. Man sage sich nicht mehr „das muß ich haben“, sondern man denke fleißiger daran, daß man durch gedankenloses Zahlen jeden Preises selbst wuchern hilft und darauf hinarbeite, daß die Not nach dem Kriege erst recht groß werde. Deshalb drücke man auch die Preise und spare nach Möglichkeit. Besser ist es, jetzt nicht ganz satt zu werden, als später im Frieden hungern zu müssen.

* **Eppstein, 9. Nov.** Der Gemeinderat und die Gemeindevorstellung haben in ihrer gestrigen Sitzung sämtlichen Gemeinde-Beamten eine Kriegszulage von 10 Prozent bewilligt. — Die hiesige Bahnhofstreppe wird in den nächsten Tagen fertig gestellt und dem Verkehr übergeben werden. — Zum Besten der Jugendpflege wird in nächster Zeit eine musikalische Abend-Unterhaltung stattfinden, wobei die beiden Herren Geistlichen Dekan Kassel und Pfarrer Jink, sowie Herr Kaufmann Rosenlaucher und Herr Techn. Eisenbahnsekretär Rothnagel mitwirken werden.

* **Eronberg, 9. Nov.** Gestern Nachmittag verstarb hier in seiner Villa der Bankier Herr Emil Weglar im 57. Lebensjahre. Sein Tod bedeutet für Eronberg wieder einen großen

Verlust. Obwohl geborener Frankfurter und sein Lebtage dort beschäftigt, war er doch von Jugend auf Cronberger mit Leib und Seele. Als seine Mutter, die der Stern des Hauses Sonn war, dahingegangen, baute er sich selber an und nahm von dieser Stunde an auch an den Geschicken des Gemeinwesens regen Anteil.

— Infolge Wagenmangels bei der Eisenbahn werden Güter bis zum 18. ds. Mts. nicht zur Beförderung angenommen. Ausgenommen hiervon sind Lebensmittel.

Von nah und fern.

Unterlieberbach, 9. Nov. Ein Subenstreich erster Ordnung wurde gestern Nachmittag hier verübt. Zwei Jungen namens Ebel und Euder, 14 und 13 Jahre alt, verschafften sich Zugang in ein Pulverlager der Feuerwerkerei Weisenbach, in dem sie aus dem Mauerwerk ein Gefach ausbrachen. Sie schafften durch das so geschaffene Loch eine Kiste mit etwa 25 Pfund Pulver ins Freie, brachen sie auf und nahmen dann mit dem Inhalt eine „Minensprengung“ vor. Der Erfolg war derart, daß einer der beiden Suben mit starken Brandwunden ins Krankenhaus gebracht werden mußte, während der andere mit leichteren Verletzungen und verbrannten Kleidern davontam. Der sträfliche Leichtsinns der Suben hätte sehr leicht noch viel üblere Folgen haben können.

Weilbach, 10. Nov. Die Revision der Rasse des Spar- und Darlehensvereins ergab bis jetzt einen Fehlbetrag von 50 000 Mark. Der Rechner hat Unterschlagungen begangen, indem er Quittungen fälschte.

Frankfurt, 9. Nov. Am Donnerstag nachmittag erschien bei einer Trödlarin in der Rannegießergasse ein junger Mensch, um einen Anzug zu kaufen. Als er einen ausgekosteten hatte und bezahlen sollte, sagte er, daß er nur großes Geld habe. Die Frau nahm 50 M. Papiergeld aus der Kasse. Mithin entriß er ihr die Scheine und flüchtete aus dem Laden. Er wurde später in einer Wirtschaft der Brückhofstraße festgenommen.

— Diebe und Fehler. Vor der Straßammer stand eine aus zehn Köpfen bestehende Einbrecher- und Fehlergesellschaft, zu deren Ueberführung 40 Zeugen aufgeboden waren. Es handelt sich um ein Dutzend Einbrüche, meist in Geschäftsräume. Von den fünf Einbrechern wurden, je nach ihrer Beteiligung, drei zu Zuchthausstrafen von 5, 4 und 2 Jahren verurteilt, zwei zu Gefängnisstrafen von 3 und 3½ Jahren. Die fünf Fehler erhielten Gefängnisstrafen von vier bis neun Monaten.

— 40 000 Broscheine gestohlen. In der letzten Nacht wurden, wie der Polizeibericht meldet, bei einer Brotkommission 40 000 Broscheine (rote Scheine, die jetzt zur Ausgabe gelangen) gestohlen.

Sindlingen a. M., 9. Nov. Unter Beteiligung fast aller Einwohner nahm die Bürgermeisterei gestern die Versteigerung von 186 Hasen vor, die von der hiesigen Feldjagd angesetzt waren. Um niemand zu benachteiligen, wählte man bei dem Verkauf der Hasen die Form der Verlosung, eine Lösung des Hasenverteilungsproblems, die sich aufs beste bewährte. Das Stück wurde mit 5.70 Mark abgegeben.

Sonnenberg, 9. Nov. Die Gemeinde hat durch einen Inhaber im hiesigen Gemeindebezirk Brenneffeln sammeln lassen. Das Gewicht der getrockneten Stengel wurde heute mit 411 Pfund festgestellt. Bei der Sammlung von Buchstaben durch die hiesige Volksschule wurden bisher 16 Zentner abgeliefert.

Mainz-Kastel, 9. Nov. Zehnjährige Hasendiebe wurden in der Person zweier schulpflichtiger Knaben aus Mainz ermittelt. Die jugendlichen Spitzbuben hatten sich in den Hof eines hiesigen Gastwirts eingeschlichen und stahlen aus dem dort stehenden Hasenstall 8 Stallhasen, die sie unbeachtet nach Hause zu schaffen wußten.

Mainz, 9. Nov. Der Milchhändler Heint. Anecht aus Hainbach hat zugestandenemmaßen seit einem halben Jahre Milch gewässert, weil sie ihm sonst nicht gelangt hätte. Die Polizei eines schönen Tages die Kanne revidierte, schnitzte er sie schnell um, so daß die ganze Milch in den Rinnstein floß. Bei der Untersuchung der Hasen wurden bis zu 400 Prozent Wasserzusatz festgestellt. Die Straßammer erkannte gegen An. auf 6 Wochen Gefängnis und 300 M. Geldstrafe.

Wachenbuchen, 9. Nov. Der Gutspächter Friedrich Weniger hat hier hatte bei der Kartoffelbestandsaufnahme der Polizei 50 bis 60 Zentner zu wenig angegeben. Von dem Landgericht in Hanau wurde er hierfür heute zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt.

Reifen (Weßmühl), 9. Nov. Im hiesigen Elektrizitätswerk wurde nachts eingebrochen und der große Treibriemen mit einem Wert von 2000 Mark gestohlen. Die Diebe sollen die Räder verpackt auf Station Mörlenbach zum Versteck abgegeben haben.

Kreuznach, 9. Nov. Die Familie A. in Holzbach im Kreis hatte ein Frankfurter Ferienkind aufgenommen, ein hiesiges Mädchen von zwölf Jahren. Gestern wurde das Kind nach Oßweiler zum Schumacher geschickt. Als es am Abend noch nicht zurückkam, suchte die Polizei den Wald auf und fand das Mädchen erhängt an einem Baume vor. Die Untersuchung ergab, daß das Kind vergewaltigt, erschlagen und dann aufgehängt worden war. Wie der „Kreuzb.“ meldet, wurde als Täter ein 38-jähriger Mann aus Oßweiler ermittelt.

Speyer, 9. Nov. Das hiesige Kloster der Dominikaner (St. Magdalena-Kloster) beging dieser Tage das 700-jährige Bestehen. In dem letzten Jahrhundert hat das Kloster besonders auf karitativen Gebieten und in der Krankenpflege segensreich gewirkt.

120 Personen ertrunken.

Rosen, 9. Nov. (W. B.) Am 2. November nachmittags 5 Uhr wurden, wie „Dziennik Poznanski“ meldet, wie gewöhnlich Einwohner der Stadt Ragimierz bei Lublin auf einer Fähre über die Weichsel gebracht, um gegen Abend in ihre Wohnungen zurückzufahren. Die Fähre war schon unweit des Ufers; der Führer wollte jedoch an Wirbeln vorbeifahren, um einen zu starken Anprall zu verhindern und fuhr deshalb einige Meter zurück. Als die Fähre in der Mitte war, drang plötzlich Wasser in die beiden Boote. Die ganze Fähre ging unter. 20 Personen wurden gerettet, während über 120 den Tod in den Fluten fanden. 40 Leichen sind geborgen.

Kleine Chronik.

Düsseldorf, 9. Nov. Durch Einbrecher wurden der Hüttenbau-Aktiengesellschaft 15 000 M. bar und ein Scheckbuch des Schaaffhausenschen Bankvereins gestohlen. Auf die Ermittlung der Täter sind 1000 M. Belohnung ausgesetzt.

Marienhof (Westpr.), 9. Nov. Schwere Verluste bei seiner Viehherde erleidet der Viehhändler Zoltenkopf. Die Herde ist vor etwa 14 Tagen auf der Weide von einem tollwütigen Hunde gebissen worden, an dessen Folgen bereits eine Menge Tiere eingegangen sind. Die Tiere erkranken, fressen nicht und verenden meist nach kurzer Zeit; das Fleisch ist unbrauchbar, auch wenn die Tiere getötet werden müssen. Bisher sind schon fünf Stiere und zwei Bullen aus der Herde eingegangen, und immer noch treten neue Fälle hinzu. So sind jetzt auch zwei wertvolle Milchkuhe erkrankt, die ebenfalls als verloren betrachtet werden müssen.

— Die bestohlene städtische Lebensmittelzentrale. Nachdem bereits früher von der für die Versorgung der Einwohner der Stadt Lössen eingelagerten Margarine der größte Teil gestohlen worden war, sind jetzt mehrere Zentner Speck, die die Stadtverwaltung in der Bauhener Kühlhalle aufbewahren ließ, ebenfalls verschwunden.

— Eine griechische Zeitung in Görlik. Die erste Nummer einer griechischen Zeitung ist für die griechischen Gäste in Görlik ausgegeben worden. Sie trägt den Titel „Nea Ton Görlik“ und wird von griechischen Soldaten gesetzt. Die Zeitung unterscheidet sich wesentlich von den Zeitungen im Kriegsgefangenenlager. Außer dem deutschen Heeresbericht bringt sie die wichtigsten Kriegsmeldungen, Nachrichten aus Griechenland und einen verhältnismäßig großen Vergnügungsanzeiger, da die griechischen Offiziere alle öffentlichen Veranstaltungen besuchen können. Sie sind übrigens bei allen Konzerten und im Theater häufig zu sehen. Den Druck hat eine Görlik Druderei übernommen.

Borausichtliche Witterung

nach Beobachtungen des Frankfurter Physikalischen Vereins.

Samstag, 11. November: Wolkig bis heiter, trocken, kälter, Nachtfrostgefahr.

Lufttemperatur. (Celsius.) Höchste Lufttemperatur (Schatten) des gestrigen Tages + 10 Grad, niedrigste Temperatur der vergangenen Nacht + 5 Grad, heutige Lufttemperatur (mittags 12 Uhr) + 8 Grad.

Kirchliche Anzeigen für Königstein.

Katholischer Gottesdienst.

22. Sonntag nach Pfingsten.

Vormittags 7½ Uhr Frühmesse, 8½ Uhr zweite hl. Messe, 9½ Uhr Hochamt mit Predigt.

Nachmittags 2 Uhr Segensandacht.

Bereinsnachrichten:

Sonntag nachmittags 4 Uhr Versammlung des Marienvereins.

Kirchl. Nachrichten aus der evang. Gemeinde Königstein

21. Sonntag nach Trinitatis. (12. November 1916)

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst, 11½ Uhr Christenlehre.

Sonntag Vormittags 11–12 Uhr Bücherei.

Mittwoch abends 8 Uhr Kriegsbettstunde.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag 4 Uhr Spielen des Jünglingsvereins bei gutem Wetter. Abends 8 Uhr Zusammenkunft im Herzogin Adelheid-Stift.

Mittwoch abends 8½ Uhr, Abend der jungen Mädchen.

Donnerstag, abends 8½ Uhr: Jünglingsverein.

Freitag 8 Uhr, Abend der Frauenvereins. Es wird herzlich um fleißige Teilnahme gebeten.

Israel. Gottesdienst in der Synagoge in Königstein.

Samstag morgens 9.00 Uhr, nachmittags 3.30 Uhr, abends 5.35 Uhr.

Evangelischer Gottesdienst in Aelshelm.

Sonntag, den 12. November:

Nachmittags 1 Uhr Gottesdienst in der Schule.

(Der Pfarrer Herr Oberleiderbach.)

Kirchlicher Anzeiger der evang. Gemeinde Eppstein.

Sonntag, 12. November: Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst, mittags 1 Uhr Jugendgottesdienst.

Bereinsnachrichten.

Mittwoch, 15. November: Abends 8 Uhr Versammlung der Frauenhilfe

Künstliche Zähne

in Kautschuk und Gold.
Kronen und Stützähne. Zahnreihen.
Zahnoperationen. Plomben in Gold, Silber usw.
Carl Mallebré, Königstein. Fernruf 129.
Behandlung von Mitgliedern aller Krankenkassen.

Hierzu das Illustrierte Sonntagsblatt Nr. 46.

Der deutsche Tagesbericht.

17 feindliche Flugzeuge abgeschossen! Ein Erfolg bei Skrobowa!

Großes Hauptquartier, 10. Nov. (W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei günstigen Beobachtungsverhältnissen war an vielen Stellen der Front die beiderseitige Feuerkraft lebhaft.

Im Somme Gebiet erfolglose feindliche Teilangriffe bei Caucourt l'Abbaye, bei Gueudecourt, bei Vesboeufs und Pressoire. Stärkere französische Kräfte gingen beiderseits von Sailly vor. Sie wurden, zum Teil im Nahkampf, abgeschlagen.

Die Flieger setzten ihre tagsüber sehr rege Tätigkeit in der mond hellen Nacht fort. In den zahlreichen Luftkämpfen haben wir im ganzen 17 feindliche Flugzeuge, die Mehrzahl beiderseits der Somme, abgeschossen. Unsere Geschwader wiederholten ihre wirkungsvollen Angriffe auf Bahnhöfe, Truppen- und Munitionslager, besonders im Raume zwischen Péronne und Amiens.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls
Prinz Leopold von Bayern.

Unter Führung des Generalmajors von Wonna stürmten brandenburgische Truppen und das Infanterie-Regiment Nr. 401 in der Gegend von Skrobowa in etwa 4 Kilometer Breite mehrere russische Verteidigungslinien und warfen den Feind über den Skrobowa-Bach zurück. Unseren geringen Verlusten stehen bedeutende blutige Opfer des Feindes und eine Einbuße an Gefangenen von

49 Offizieren 3380 Mann

gegenüber. Die Beute beträgt 27 Maschinengewehre, 12 Minenwerfer. Der Russe hat auch hier wieder eine schwere Niederlage erlitten.

Front des Generals der Kavallerie
Erzherzog Carl.

Unsere Angriffe im Ghergo-Gebirge nehmen einen günstigen Fortgang. Gelände, das in den seit dem 4. November hier im Gange befindlichen Kämpfen verloren gegangen war, wurde bereits fast vollständig zurückgewonnen.

Im Predeal-Abschnitt wurden westlich von Azuga neue Fortschritte gemacht und rumänische Gegenangriffe beiderseits der Bahnstraße abgeschlagen. 188 Gefangene und 4 Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Beiderseits des Alt erfolgreiche Gefechte, in denen sich neben bayerischer Infanterie und österreichisch-ungarischen Gebirgstruppen auch unser Landsturm auszeichnete.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls
von Madensen.

Bei Giurgiu erbeuteten Monitore zwei rumänische mit Petroleum beladene Schlepper.

An der Dobruđa-Front keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Sonntagsgedanken am 12. November 1916.

Schritt für Schritt. Wer in dieser schweren und doch so herrlichen Zeit noch arbeiten kann, der soll Gott täglich dafür danken und diesem Dank beweisen in treuester Pflichterfüllung.

Freiherr v. Bissing.

Ich bin in meinem Leben oft durch den Sorgengeist, die lebhafteste Phantasievorstellung von künftigen Uebeln, die dann entweder gar nicht eintreten, oder sehr ertragbar waren, irreführt worden, und die Versuche, diese Uebel abzuwenden, waren in ihren Folgen mitunter schlimmer, als die Uebel selbst es gewesen wären. Dagegen hat mir Gott stets geholfen, wenn ich ihm vertraute.

Siltn.

Eine Freude für jeden Soldaten im Felde

Ist die Zeitung aus der Heimat. Wer seinen im Kriege befindlichen Angehörigen eine solche bereiten will, bestelle für sie umgehend ein Monats-Abonnement auf die

amtliche „Taunus-Zeitung“

zum Preise von 60 Pfennig, eingerechnet der Versand. Die Leute im Felde sind herzlich dankbar dafür. Ein Versuch überzeugt.

